ST. PÖLTEN UNIVERSITY
OF APPLIED SCIENCES

/Soziales /fh st.pölten

Soziale Arbeit für LGBTQIA+

Unterstützung und Schutz bei Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen

Carina Pflügl, 52106151

Bachelorarbeit
Eingereicht zur Erlangung des Grades
Bachelor of Arts in Social Sciences
an der Fachhochschule St. Pölten

Datum: 23.04.2024
Version: 1

Begutachter*in:
FH-Hon. Prof. Mag. Dr. Binder Susanne
Schmidrathner Stephanie, BA
Walzl Christian, BA

Abstract (Deutsch)

In dieser Bachelorarbeit wird die Gewährleistung von Unterstützung und Schutz von LGBTQIA+ Personen in der Sozialen Arbeit, insbesondere im Kontext von Gewalt und Diskriminierung, untersucht. Die qualitative Forschung basiert auf leitfadengestützten Interviews mit Sozialarbeiter*innen und einer betroffenen trans* Person. Mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach Mayring (vgl. 1991) wurden die Ergebnisse ausgewertet. Die Arbeit bietet Einblicke in Zugänglichkeit und Effektivität der aktuellen Sozialarbeit mit queeren Klient*innen und beleuchtet bestehende Lücken sowie mögliche Verbesserungsansätze. Sie verdeutlicht die Bedarfe von LGBTQIA+ Personen unter Berücksichtigung politischer und gesellschaftlicher Einflüsse und zeigt auf, was Sozialarbeiter*innen benötigen, um eine queer-inklusive Sozialarbeit zu gewährleisten.

Abstract (leichte Sprache)

Diese Bachelorarbeit beschreibt, wie man LGBTQIA+ Personen in der Sozialen Arbeit besser unterstützen und schützen kann, besonders wenn sie Gewalt und Diskriminierung erleben. Es wurden Gespräche mit Sozialarbeiter*innen und einer trans* Person geführt. Die Gespräche wurden aufgenommen und ausgewertet, um zu verstehen, wie gut die Sozialarbeit mit queeren Personen momentan ist und wo es noch Verbesserungsbedarf gibt. In der Arbeit werden die Wünsche von LGBTQIA+ Personen vorgestellt und erklärt was die Politik und die Gesellschaft damit zu tun haben. Die Ergebnisse zeigen auch, was Sozialarbeiter*innen brauchen, um eine gute Arbeit für LGBTQIA+ Personen leisten zu können.

Abstract (English)

This bachelor's thesis examines the provision of support and protection for LGBTQIA+ individuals in social work, particularly in the context of violence and discrimination. The qualitative research is based on semi-structured interviews with social workers and an affected transgender individual. The results were analyzed using qualitative content analysis following Mayring's approach (1991). The study provides insights into the accessibility and effectiveness of current social work with queer clients and highlights existing gaps and potential areas for improvement. It underscores the needs of LGBTQIA+ individuals considering political and societal influences and identifies what social workers require to ensure queer-inclusive social work.

Inhalt

1 Einleitung 5

2 Begriffsdefinitionen 6

2.1 LGBTQIA+ 6
2.2 Queer 6
2.3 Gender oder Geschlecht 6
2.4 Heteronormativität 7
2.5 Gewalt 7
2.6 Diskriminierung 7

3 Relevanz und Interesse 8

4 Vorannahmen und Hypothesen 9

5 Stand der Forschung 10

5.1 Gewalt und Diskriminierung 10
5.2 LGBTQIA+ in der Sozialarbeit 12

6 Forschungsdesign 14

6.1 Forschungsfragen 14
6.1.1 Hauptforschungsfrage 14
6.1.2 Subforschungsfragen 14
6.2 Forschungsmethodik 14
6.2.1 Erhebungsmethode 14
6.2.2 Interviews – Setting und Durchführung 15
6.2.3 Auswertungsmethode 16

7 Forschungsergebnisse 16

7.1 Zugänglichkeit und Effektivität von Unterstützungsangeboten 17
7.2 Erfahrungen aus der Sozialen Arbeit mit LGBTQIA+ Personen 19
7.3 Gesellschaftliche und politische Einflüsse 21
7.4 Bedarfe und Erwartungen 23
7.4.1 Gegenüber Sozialarbeiter*innen 23
7.4.2 Gegenüber Gesellschaft und Systeme 25
7.4.3 Gegenüber Fördergeber*innen sowie der Aus- und Weiterbildungslandschaft . 26

8 Gegenüberstellung der Vorannahmen und Ergebnisse 27

9 Konzeptaufriss 28

10 Fazit 29

11 Resümee und Forschungsausblick 30

Literatur **32**

Daten **33**

Abbildungen **33**

Eidesstattliche Erklärung **34**

1 Einleitung

Laut der Umfrage der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (vgl. FRA 2020 a) erleben 43% der befragten LGBTQIA+ Personen Diskriminierung im Alltag, 58% geben an in den fünf Jahren vor der Befragung belästigt worden zu sein und 5% berichten von körperlichen oder sexuellen Angriffen.

Die Soziale Arbeit spielt in Österreich eine zentrale Rolle, wenn es um qualifizierten Opferschutz geht. Doch inwieweit werden auch LGBTQIA+ Personen als Nutzer*innen mitgedacht? Die vorliegende Bachelorarbeit widmet sich der Gewährleistung von Unterstützungs- und Schutzmaßnahmen der Sozialen Arbeit für LGBTQIA+ Personen mit Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen. Unter Beachtung der Forschungsfragen (siehe 6.1) wird ein Überblick über die Effektivität und den Zugang zu bestehenden sozialarbeiterischen Unterstützungsangeboten für LGBTQIA+ Personen gegeben. Darüber hinaus wird untersucht, welche spezifischen Formen der Unterstützung diese Personen benötigen und welche Kompetenzen und Ressourcen Sozialarbeiter*innen benötigen, um diesen Bedarfen gerecht zu werden. Durch die Analyse dieser Themenbereiche kann ein umfassendes Verständnis dafür entwickelt werden, wie die Soziale Arbeit dazu beitragen kann, ein sichereres und inklusiveres Umfeld für LGBTQIA+ Personen zu schaffen und ihre Rechte und Bedürfnisse effektiv zu vertreten.

Im ersten Teil erfolgt eine Klärung der wichtigsten Begrifflichkeiten und theoretischen Grundlagen. Das dritte Kapitel gibt Einblick in die Relevanz des Themas und dem persönlichen Interesse dahinter. Im Anschluss werden Vorannahmen und Hypothesen zum Forschungsinhalt bekannt gegeben. Das fünfte Kapitel widmet sich dem aktuellen Stand der Forschung zu Gewalt und Diskriminierung von LGBTQIA+ Personen und queer-inklusiver Sozialarbeit. Im Kapitel „Forschungsdesign“ werden die Forschungsfragen, die qualitative Forschungsmethodik sowie das Setting und die Durchführung der Interviews vorgestellt. Die Ergebnisse werden anhand von vier Kategorien in Kapitel Sieben präsentiert. Weiters wird ein Konzeptaufriss erarbeitet und eine Gegenüberstellung der Vorannahmen und Hypothesen mit den Ergebnissen vorgenommen. Die Arbeit wird mit einem Fazit sowie einem Resümee und Forschungsausblick abgeschlossen.

2 Begriffsdefinitionen

In diesem Kapitel werden wichtige Begriffe definiert, denen im Kontext dieser Forschungsarbeit eine besondere Bedeutung beigemessen werden. Diese Definitionen sind entscheidend für das Verständnis der folgenden Kapitel und der Ergebnisse. Es ist zu betonen, dass die festgelegten Definitionen innerhalb dieses Kapitels als Grundlage für die Arbeit dienen, auch wenn es alternative Definitionen oder Interpretationen geben kann.

2.1 LGBTQIA+

In der Enzyklopädie der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (vgl. Filho et al.:893) wird der Begriff LGBTQIA+ als eine Sammlung von Buchstaben beschrieben, die eine breite Vielfalt von Identitäten repräsentieren soll. Es umfasst Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente, Queere, Intersexuelle und weitere Geschlechtsidentitäten sowie sexuelle Orientierungen. Das "+"-Symbol betont die Vielfalt und Inklusion und schließt Personen ein, die sich außerhalb der normativen Konzepte von Geschlecht und Sexualität identifizieren. In dieser Arbeit wird die verbreitete englische Form LGBTQIA+ benutzt und soll für die Vielfalt der queeren Community stehen.

2.2 Queer

Ursprünglich als Beleidigung für Personen, die von der heteronormativen gesellschaftlichen Ordnung abwichen, wurde der Begriff "queer" durch LGBTQIA+ Aktivismus neu interpretiert. Heute umfasst "queer" eine Vielzahl von Identitäten, dient als Schirmbegriff und steht im Kontext der Queer-Theorie. Diese kritisiert die soziale Konstruktion von Geschlecht und Sexualität und entlarvt die Heteronormativität als begrenzende Norm. Queer-Theorie fördert Identitäten und bietet eine kritische Perspektive auf gesellschaftliche Machtstrukturen (vgl. Nagy 2016:57).

2.3 Gender oder Geschlecht

Seit den 90er Jahren hat sich laut Stephan (vgl. 2000:58) in Deutschland der Begriff "Gender" als feste Kategorie etabliert, vor allem durch die Verbreitung von Gender Studies. Die Verwendung von "Gender" statt "Geschlecht" ist nicht nur auf eine Amerikanisierung zurückzuführen, sondern auch auf die fehlende deutsche Übersetzung und die eindeutigere Unterscheidung zwischen biologischem Geschlecht und sozialem Geschlecht. Diese Entwicklung verdeutlicht den kulturellen und historischen Rahmen, der die Konstruktion des Geschlechts hinterfragt.

Zudem ist die Annahme einer klaren Unterscheidung beim biologischen Geschlecht durch Forschung bereits seit den 1970er Jahren widerlegt. Verschiedene biologische Merkmale wie Chromosomen, Keimdrüsen und Hormone zeigen eine Vielfalt, die eine eindeutige Definition unmöglich macht. Geschlecht ist kein starres binäres Konzept, sondern ein Kontinuum, das die biologische Vielfalt widerspiegelt (vgl. Bundeskanzleramt 2014).

2.4 Heteronormativität

Heteronormativität bezeichnet die Vorstellung von Heterosexualität als Norm, die das gesellschaftliche Gefüge, Verhaltensnormen und Identitätskonzepte prägt. Diese Norm drängt Menschen in die binären Geschlechterrollen von Mann und Frau mit ausschließlichem Verlangen zum jeweils anderen Geschlecht, während Abweichungen diskriminiert oder unterdrückt werden. Heteronormativität durchdringt alle gesellschaftlichen Bereiche, von der Subjektbildung bis zur Ressourcenverteilung, und beeinflusst auch rassistische und klassenspezifische Strukturen (vgl. Wagenknecht 2007:17f).

2.5 Gewalt

Die Weltgesundheitsorganisation (vgl. WHO 2002:5) definiert Gewalt als die vorsätzliche Nutzung von physischer Kraft oder Macht, die darauf abzielt, Personen oder Gruppen zu verletzen, zu gefährden oder zu terrorisieren. Diese Gewalt kann verschiedene Formen annehmen, darunter körperliche Gewalt, sexuelle Gewalt, psychische Gewalt, sowie strukturelle Gewalt. Psychische Gewalt kann außerdem ökonomische, soziale und digitale Gewalt sowie Stalking beinhalten (Bundeskanzleramt 2023). Die verschiedenen Formen können sowohl individuell, von einzelnen Personen, als auch institutionell, also von Institutionen wie Regierungen, Organisationen etc. ausgehend, auftreten und haben schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Betroffenen (vgl. WHO 2002:6f).

Hate Crime, auch bekannt als vorurteilsmotivierte Straftaten oder Hasskriminalität, bezieht sich auf Gewalt oder Straftaten, die aufgrund von Vorurteilen motiviert sind. Diese Taten sind gegen Personen oder Gruppen gerichtet, die durch eine tatsächliche oder vermutete Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen, von Täter*innen abgelehnt werden. Solche Delikte können durch Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, religiöse Intoleranz oder Vorurteile bezüglich Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung oder Behinderung ausgelöst werden (vgl. Bundeskanzleramt 2023).

2.6 Diskriminierung

Laut dem „Handbuch Diskriminierung“ (vgl. Scherr et al. 2023:104) ist Diskriminierung ein vielschichtiges Phänomen, das verschiedene Formen annehmen und weitreichende Auswirkungen auf Einzelpersonen und Gruppen haben kann. Es gibt zwei Arten von

Diskriminierung: unmittelbare und mittelbare Diskriminierung. Eine unmittelbare Diskriminierung findet statt, wenn eine Person aufgrund bestimmter Merkmale eine benachteiligende Behandlung erfährt. Eine direkte Vergleichsperson ist dabei nicht erforderlich. Mittelbare Diskriminierung dagegen entsteht durch scheinbar neutrale Regeln oder Verfahren, die bestimmte Merkmale benachteiligen können, ohne dass ein statistischer Nachweis erforderlich ist. Statistiken können jedoch dazu beitragen, überproportionale Betroffenheiten zu belegen, wie beispielsweise in Fällen von geschlechtsbedingter Teilzeitarbeit (vgl. ebd.).

Ein weiteres wichtiges Konzept, welches im Handbuch betont wird, im Zusammenhang mit Diskriminierung, ist die Intersektionalität. Intersektionalität bezieht mehrere Diskriminierungsformen ein und fokussiert deren Wechselbeziehungen. Dies bedeutet, dass Diskriminierungserfahrungen nicht isoliert betrachtet werden können, sondern dass verschiedene Formen der Benachteiligung ineinandergreifen und sich gegenseitig verstärken können. Beispielsweise können Personen aufgrund einer Kombination von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit und sozialem Status unterschiedlich benachteiligt sein (vgl. ebd.:131).

Besonders komplexe Herausforderungen können im Umgang mit dem Zusammentreffen verschiedener Diskriminierungsgründe und der Bewältigung von intersektionaler Diskriminierung auftreten. Konzepte wie strukturelle und institutionelle Diskriminierung fokussieren auf die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Manifestationen von Diskriminierung in historisch gewachsenen Ungleichheits- und Unterdrückungsverhältnissen. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung von sozialer Gerechtigkeit und Gleichstellung (vgl. ebd.:173).

3 Relevanz und Interesse

Die Gesundheit Österreich GmbH (vgl. 2023), im Auftrag des Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, beschreibt Personen, die durch ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität nicht der heteronormativen gesellschaftlichen Ordnung entsprechen, als vulnerable Gruppe. LGBTQIA+ Personen werden aufgrund des hohen sozialen Konformitätsdrucks häufig zur Zielscheibe von Stigmatisierung, Diskriminierung und Hass- sowie Gewaltverbrechen (vgl. ebd.). Im wissenschaftlichen Journal „soziales_kapital“ (vgl. Nagy 2016:57) wird in einem Artikel explizit die Dominanz der Heteronormativität in der Gesellschaft erwähnt. Diese Norm wirke sich auch auf die Soziale Arbeit und die Wahrnehmung auf Klient*innen(gruppen) aus. Dabei soll, laut den österreichischen ethischen Standards der Sozialen Arbeit (vgl. obds 2020), die Soziale Arbeit unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Alter, Beeinträchtigung und sexueller Identität sowie Orientierung von jedem Menschen genutzt werden können. Die Sozialarbeit ist darüber hinaus dazu verpflichtet, passende und wirksame Hilfsangebote zur Verfügung zu stellen und Methoden sowie Handlungsansätze zu evaluieren.

Wie kann die Soziale Arbeit also sicherstellen, dass besonders vulnerable Zielgruppen fachgerechte und professionelle Unterstützung erfahren? Meine Bachelorarbeit beschäftigt sich mit der Zielgruppe LGBTQIA+ im Zusammenhang mit Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen. Erforscht werden sollen dabei sozialarbeiterische Maßnahmen, Methoden und Strategien, die dazu beitragen diese Zielgruppe professionell unterstützen und schützen zu können.

4 Vorannahmen und Hypothesen

Kontext meiner Forschungsfrage (siehe 6.1) ergeben sich mehrere Vorannahmen und Vermutungen, die aus persönlichen Erfahrungen und Beobachtungen in der sozialarbeiterischen Praxis sowie des Studiums resultieren. Diese möchte ich aus Gründen der Transparenz offenlegen. Im Kapitel 8 werden die Vorannahmen und Hypothesen den Forschungsergebnissen gegenübergestellt und verglichen.

Als Studierende der Sozialen Arbeit nehme ich wahr, dass das Thema LGBTQIA+ zwar im Rahmen der Ausbildung behandelt wurde, jedoch eine tiefergehende Auseinandersetzung mit den Bedarfen und Lebenswelten queerer Personen sowie vor allem der Umgang mit Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen an der Fachhochschule, nicht erfolgt ist. Daher ist anzunehmen, dass angehende Sozialarbeiter*innen besser auf die Praxis vorbereitet werden könnten, indem ihnen spezifische Tools und Methoden vermittelt werden, um queere Menschen optimal zu unterstützen.

Durch meine Tätigkeit im Frauenhaus haben sich in der Vergangenheit Fragen zum Umgang mit queeren Klient*innen ergeben. Die Bezeichnung "Frauenhaus" könnte möglicherweise für nicht heteronormative Personen schon eine Hürde darstellen. Ein Teamgespräch, bezüglich möglicher Aufnahmen von trans* Personen im Frauenhaus, blieb nach kurzer Diskussion offen und ohne klare Vorgehensweise. Diese Beobachtung lässt die Vermutung zu, dass Opferschutzeinrichtungen keine (standardisierten) Konzepte für den Umgang mit nicht heteronormativen Klient*innen besitzen.

Zudem bin ich der Annahme, dass LGBTQIA+ Personen generell vermehrt Gewalt und Diskriminierung erleben und dabei als vulnerable Gruppe Bedarfe haben, die von Sozialarbeiter*innen oft unzureichend wahrgenommen werden. Vermutungen zufolge könnte es sein, dass obwohl queere Menschen offen mit ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität in Beratungssituationen umgehen, diese Themen von Sozialarbeiter*innen unbeachtet bleiben.

Zusätzlich vermute ich durch Gespräche mit anderen Studierenden sowie Kolleg*innen, dass Sozialarbeiter*innen in der Praxis unzureichende Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich LGBTQIA+ haben. Ich nehme vermehrt Unsicherheiten und Ratlosigkeit wahr, wenn es darum geht, sich mit der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität in

Beratungen zu befassen. Dies könnte im weiteren Sinne zu einem Mangel an Konzepten, Handlungsstrategien und Methoden für die Arbeit mit queeren Personen mit Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen führen.

Diese Vermutungen bilden den Ausgangspunkt für die Untersuchung, wie die Soziale Arbeit die Unterstützung und den Schutz von LGBTQIA+ Personen in Bezug auf Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen gewährleisten kann.

5 Stand der Forschung

5.1 Gewalt und Diskriminierung

Die letzte Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (vgl. FRA 2020 b) mit 140.000 Befragten zeigt, dass trotz steigender Offenheit gegenüber sexueller Identität, Ängste, Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen unter LGBTQIA+ Personen in Europa weit verbreitet sind. Hassverbrechen und Diskriminierung spielen eine erhebliche Rolle im Alltag von queeren Personen. Die Studie weist an dieser Stelle auf fehlende Fortschritte in den letzten Jahren hin. Etwa zwei von fünf Befragten wurden im Jahr vor der Befragung Opfer von Mobbing, und jede fünfte Person fühlte sich am Arbeitsplatz diskriminiert. Die FRA fordert eine Nulltoleranzkultur für Gewalt und Diskriminierung, Investitionen in Polizeiausbildung und umfassende politische Aktionspläne zur Förderung von LGBTQIA+ Rechten.

Im Auftrag des österreichischen Sozialministeriums sind zum Thema „Gewalt gegen sexuelle oder geschlechtliche Minderheiten“ von Gesundheit Österreich GmbH (vgl. 2023), drei Schwerpunkte zu finden:

- Häusliche Gewalt in LGBTIQIA+-Beziehungen: Studien widerlegen den Mythos, dass nur in heterosexuellen Beziehungen häusliche Gewalt vorkommt. LGBTIQIA+ Personen sind mindestens genauso häufig von Partnergewalt betroffen, jedoch sein Forschung und Hilfeangebote in diesem Bereich noch nicht ausreichend vorhanden (vgl. ebd.).

- Diskriminierung und Gewalt im öffentlichen Raum: LGBTIQIA+-Personen erleben vermehrt Stigmatisierung und Diskriminierung, was vor allem Bereiche wie Schule, Arbeit und Wohnungssuche beeinflusst. Dies hat Auswirkungen auf die gesellschaftliche Teilhabe und die Freiheit der betroffenen Personen. Seit 2020 werden in Österreich "Hate Crimes" nach verschiedenen Bias-Motiven polizeilich erfasst. Im Jahr 2021 wurden demnach ca. fast 200 homo-, bi- und trans*feindliche Straf- und Gewalttaten registriert. Die hohe Dunkelziffer und die steigende Anzahl von Übergriffen beeinflussen den Alltag von LGBTQIA+ Personen erheblich (vgl. ebd.).

- Diskriminierung im Gesundheitswesen: Aufgrund historischer Stigmatisierung und Pathologisierung meiden heute noch viele LGBTIQIA+-Personen Gesundheitseinrichtungen. Die FRA-Studie zeigt, dass 17% Diskriminierung bei Sozial-

oder Gesundheitsdiensten erfahren. Die Stigmatisierung durch medizinisches Personal stellt, aufgrund der erhöhten Vulnerabilität und der Abhängigkeit von gesundheitlichen Behandlungen, eine besondere Form der Verletzung und Diskriminierung für queere Patienten, dar (vgl. ebd.).

Die Forschung zu Minority Stress von Meyer (vgl. 2003) zeigt zudem deutlich, dass besonders LGBTQIA+ Personen von einer Vielzahl belastender Faktoren betroffen sind, welche sich negativ auf ihre psychische Gesundheit auswirken können. Dazu gehören nicht nur direkte Diskriminierungs- oder Gewalterfahrungen wie verbale oder körperliche Angriffe aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität, sondern auch subtilere Formen der Ablehnung und Ausgrenzung in verschiedenen Lebensbereichen wie Familie, Bildungseinrichtungen, Arbeitsplatz und der Gesellschaft im Allgemeinen. Diese fortwährenden Stressoren führen in vielen Fällen zu einem erhöhten Maß an internalisierter Homophobie oder Transphobie, was bedeutet, dass Betroffene die negative Stigmatisierung gegenüber ihrer eigenen Identität verinnerlichen.

Des Weiteren besteht bei LGBTQIA+ Personen oft die Notwendigkeit, ihre sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität zu verbergen oder zu verheimlichen, um sich vor möglichen negativen Reaktionen und Diskriminierung zu schützen. Das Verbergen eines Teils der eigenen Identität kann zu einem weiteren Stressfaktor werden und die psychische Belastung verstärken. Meyer weist auch darauf hin, dass Bewältigungsstrategien wie der Rückgriff auf soziale Unterstützung oder positive Community-Ressourcen zwar helfen können, den Stress zu mildern, jedoch nicht die zugrunde liegenden strukturellen Probleme und Diskriminierungsmechanismen beseitigen (vgl. ebd).

Die folgende Abbildung stellt das Minderheiten-Stress-Modell dar (vgl. ebd.).

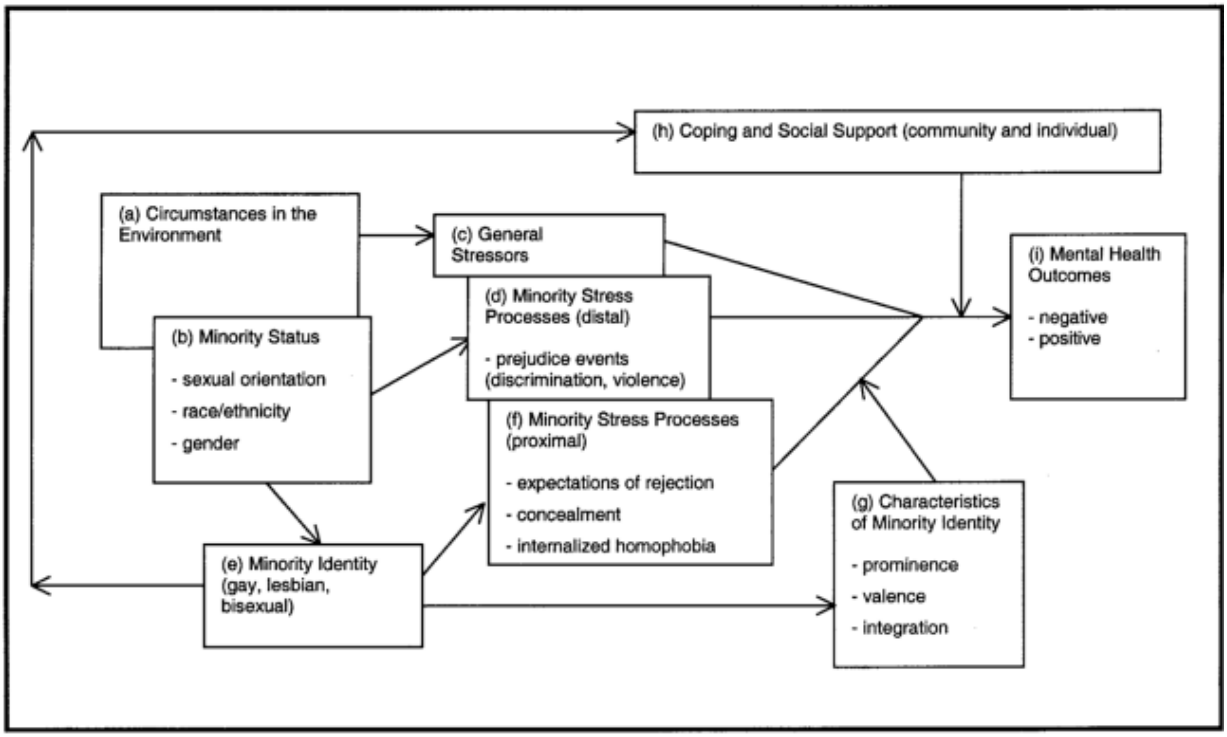

Abbildung 1: Minderheiten-Stress-Modell, Meyer IH (2003)

5.2 LGBTQIA+ in der Sozialarbeit

Historisch gesehen führten laut Ehlert (vgl. 2016:229ff) die LGBTQIA+ Bewegungen und Frauenbewegungen in den 1970er Jahren zu mehr Anerkennung und Diskussion über die Themen Sexualität, Coming-Out, geschlechtliche Identität und Diskriminierung. Die Lesben- und Schwulenbewegungen sowie die LGBTQIA+ Bewegungen haben die Soziale Arbeit in einigen Bereichen geprägt und zu Veränderungsprozessen beigetragen. In den 1970er-Jahren engagierten sich lesbische Frauen aktiv in der Neuen Frauenbewegung und etablierten Lesbenzentren. Parallel entwickelte sich die westdeutsche Schwulenbewegung, die durch die AIDS-Krise der 1980er-Jahre weiter mobilisiert wurde. Die Soziale Arbeit reagierte darauf mit spezifischen Ansätzen von AIDS-Hilfen. Die Herausforderungen von trans* Menschen, insbesondere die Anerkennung geschlechtlicher Identität, führten zu weiteren Entwicklungen in den 1990er-Jahren. Die LGBTQIA+ Bewegungen inspirierten die Soziale Arbeit zur kritischen Reflexion von Normativitäten und Identitätslogiken.

Baier und Nordt widmen sich im Artikel „Vielfalt stärken und schützen“ aus dem Fachmedium Sozial Extra (vgl. Baier/Nordt 2021) dem Thema Queer-inklusives pädagogisches Handeln in der Kinder- und Jugendhilfe. Im Artikel geht hervor, dass die Lebenslagen von LGBTIQIA+ Jugendlichen stark variieren, da intersektionale Diskriminierungsfaktoren wie Rassismus, Behinderungen und weitere Einflüsse zusammenspielen. Die UN-Kinderrechtskonvention und das Kinder- und Jugendhilfegesetz verlangen eine diskriminierungskritische pädagogische Praxis, die Vielfalt wertschätzt und Chancenungleichheit abbaut, um queere Jugendliche in ihrer individuellen Entwicklung zu unterstützen und vor Benachteiligungen zu schützen. Die im Artikel formulierten Handlungsempfehlungen für eine queer-inklusive Pädagogik betonen die Notwendigkeit, die eigene Rolle kritisch zu reflektieren, Vielfalt sichtbar zu machen und ein unterstützendes Umfeld zu schaffen. Fachkräfte sollten sensibel auf geschlechtliche und sexuelle Vielfalt eingehen, Jugendlichen Offenheit signalisieren und bei Diskriminierung intervenieren. Die Berücksichtigung von Intersektionalität und die Anpassung von Leitbildern und pädagogischen Konzepten sind ebenfalls zentral, um eine diskriminierungsfreie Umgebung zu fördern.

Laut Nagy (vgl. 2016:63) gibt es zwei Zugänge zur queer-inklusiven Sozialen Arbeit: Der erste kämpft für Gleichstellung innerhalb bestehender heterosexueller Standards, indem er Diskriminierung bekämpft und Gesetzesänderungen fordert. Der zweite Ansatz, "Queer Consciousness", betrachtet die Konstruktionsbedingungen der Ungleichheit und diskriminierenden Normen. Er zielt darauf ab, diese Normen abzulehnen und offenbart die unterdrückende Wirkung der heterosexuellen Norm in sozialen Institutionen. "Queer Consciousness" in Ausbildungsgängen könnte Bewusstsein für Prozesse schaffen, indem es die gesellschaftliche Konstruktion von Sexualität und Geschlecht hinterfragt. Die Annahme der heterosexuellen Norm wird problematisiert, da sie heterosexuelle Beziehungen als natürlich und normativ betrachtet. Die gesellschaftliche Konstruktion der Geschlechtsidentität wird bisher auf biologischen Geschlechtsmerkmalen aufgebaut, was jedoch die Vielfalt der

Geschlechter ignoriert. "Queer Consciousness" fordert die Zurückweisung dieser Normen und offenbart die Rolle der Sozialen Arbeit beim Aufbrechen dieser.

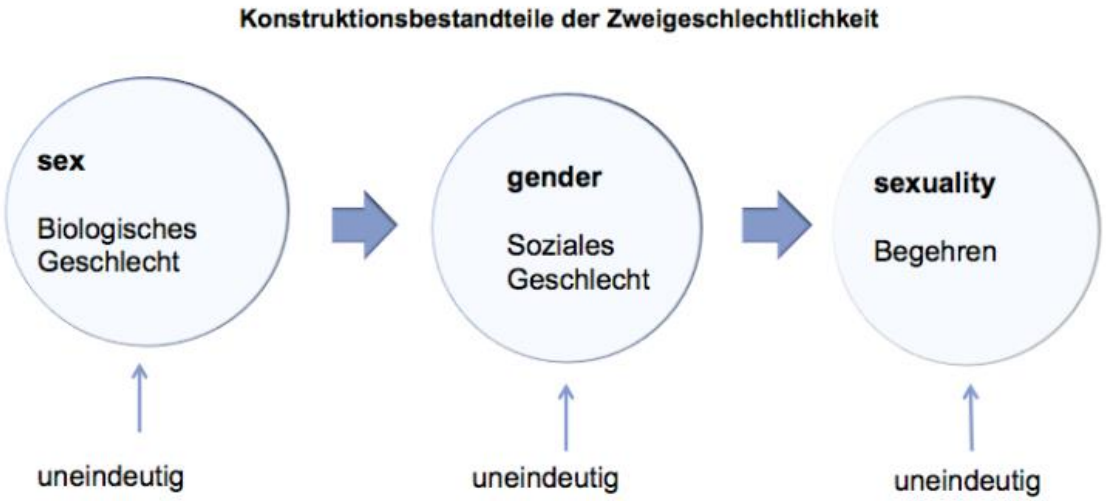

Abbildung 2: Konstruktionsbestandteile der Zweigeschlechtlichkeit, Nagy (2016)

"Queer Consciousness" ermöglicht nach Nagy (vgl. ebd.:64) die kritische Betrachtung gesellschaftlicher Konstruktionen von Sexualität und Geschlecht. Die Heteronormativität beeinflusst institutionelle Regeln, Arbeitsteilung und Entscheidungsstrukturen in der Sozialen Arbeit. Dies sollte von Sozialarbeiter*innen reflektiert und aufgearbeitet werden. Paulina Martinez betont die Notwendigkeit eines queeren Ansatzes, der nicht nur Integration, sondern die kritische Neugestaltung heteronormativer Institutionen verfolgt.

Wie schon im Kapitel 5.1 erwähnt, sind LGBTQIA+ Personen häufig von häuslicher Gewalt, Diskriminierung im öffentlichen Raum und vorurteilsbedingten Gewaltverbrechen betroffen. Unzureichende beziehungsweise fehlende Hilfsangebote und Diskriminierung im Gesundheitswesen verschärfen die Lage zusätzlich (vgl. Gesundheit Österreich GmbH 2023). Um diese Herausforderungen zu bewältigen, empfiehlt Gesundheit Österreich GmbH im Auftrag des österreichischen Sozialministeriums (vgl. ebd.) eine LGBTIQIA+-sensible Akutversorgung. Fachkräfte sollten respektvoll und sensibel agieren, die Selbstbezeichnung der Betroffenen respektieren und geschlechtsneutrale Anreden verwenden. In Formularen sollen diverse Geschlechtsidentitäten berücksichtigt werden. Zur Förderung von Opferschutzgruppen und Weiterbildungen für klinisches und sozialarbeiterisches Personal wird ebenso geraten, um Diskriminierungen zu verhindern und die Versorgungssituation zu verbessern. Das Ziel ist die Reduzierung von Stigmatisierung und die Förderung von Kompetenzen im Umgang mit LGBTIQIA+ Personen.

Die Theorie des Minority Stress (vgl. Meyer 2003) verdeutlicht, dass es für die Soziale Arbeit von großer Bedeutung ist, nicht nur individuelle Symptome und Probleme von LGBTQIA+ Personen zu betrachten, sondern auch die strukturellen und gesellschaftlichen Ursachen von Stress und Diskriminierung anzugehen. Maßnahmen zur Förderung von Gleichberechtigung, Aufklärung und Sensibilisierung in der Gesellschaft sowie die Bereitstellung von sicheren

Räumen und Unterstützungsangeboten für Betroffene sind entscheidend, um die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden von LGBTQIA+ Menschen nachhaltig zu verbessern.

6 Forschungsdesign

6.1 Forschungsfragen

6.1.1 Hauptforschungsfrage

- Wie kann die Soziale Arbeit die Unterstützung und den Schutz von LGBTQIA+ Personen in Bezug auf Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen gewährleisten?

6.1.2 Subforschungsfragen

- Welche Formen von Unterstützung erwarten und benötigen betroffene LGBTQIA+ Personen?
- Was brauchen Sozialarbeiter*innen um betroffene LGBTQIA+ Personen bestmöglich unterstützen zu können?
- Inwiefern beeinflusst die Gesellschaft und die Politik LGBTQIA+ Personen und Sozialarbeiter*innen?

6.2 Forschungsmethodik

Die empirische Forschung erfolgt anhand qualitativer Methoden. Durch die Interviews von zwei Sozialarbeiter*innen aus unterschiedlichen Fachbereichen und einer betroffenen Person bleibt die Forschung zwar in einem begrenzten Rahmen, dennoch können vergleichend Unterschiede, Gemeinsamkeiten oder andere Erkenntnisse aus den qualitativen Daten herausgearbeitet werden.

6.2.1 Erhebungsmethode

Ein leitfadengestütztes Interview ermöglicht laut dem „Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft“ (vgl. Loosen 2015) eine strukturierte Datenerhebung, fördert tiefgehende Informationen und verbessert die Vergleichbarkeit von Ergebnissen.

6.2.2 Interviews – Setting und Durchführung

Im folgenden Teil werden die Interviews vorgestellt, die im Rahmen dieser Forschungsarbeit durchgeführt wurden. Das Setting der Interviews sowie die Durchführung werden näher erläutert, wobei besonderer Wert auf Transparenz und Offenlegung der eigenen forschenden Haltung gelegt wird.

6.2.2.1 Interview 1 - Sozialarbeiter*in Gewaltschutzbereich

Der Kontakt wurde im Vorfeld über E-Mails hergestellt und ein Termin vereinbart. Wir trafen uns in einer Beratungsstelle und konnten das Interview ohne Störungen in einem Beratungsraum führen. Nach der Begrüßung, dem Einsammeln der Einverständniserklärung und der Betonung auf Anonymität sowie Freiwilligkeit bei der Beantwortung, startete ich die Audioaufnahme. Da ich auf Anfrage den Interviewleitfaden bereits vorab zur Verfügung gestellt habe, wurden Fragen teilweise schon frühzeitig beantwortet, bevor ich sie stellen konnte. Ich konzentrierte mich deshalb speziell auch auf Zwischen- und Detailfragen wie z.B. „Was meinen Sie damit?“ oder „Wie könnte das, was Sie gerade erwähnen in der Praxis aussehen?“, um noch präzisere Antworten zu erhalten. Insgesamt bemühte ich mich eine neutrale forschende Haltung beizubehalten, sowie dem Gegenüber genügend Zeit zur Beantwortung zu geben. Dies ist mir meiner Meinung nach sehr gut gelungen. Jedoch war ich oftmals geneigt nach einer gestellten Frage noch eine Erklärung oder eine andere Version der Frage anzuhängen, was die Beantwortung dieser Fragen beeinflusst haben könnte. Das Interview dauerte etwa 40 Minuten und endete mit der Absprache, möglicherweise einen Kontakt zu einer queeren, betroffenen Person für ein weiteres Interview herzustellen.

6.2.2.2 Interview 2 - Sozialarbeiter*in queerer Beratungsstelle

Der Kontakt wurde vorab über E-Mails hergestellt und es wurde ein Online-Interview vereinbart. Der Online-Termin fand über Microsoft-Teams statt und dauerte circa eine Stunde. Nach der Begrüßung und der kurzen Einführung in Anonymität, Freiwilligkeit und das Thema startete ich die Audioaufnahme. In den ersten Minuten gab es Verbindungsprobleme, weshalb das Gegenüber den Raum wechselte und neu in das Meeting einstieg. Wir begannen das Interview und somit die erste Frage erneut. Für dieses Interview überarbeitete ich den Interviewleitfaden, da die Zielgruppe der/des Sozialarbeiter*in*s queere Menschen sind. Die Fragen wurden daher an diesen Erfahrungsbereich angepasst und ich sendete ihn ebenfalls vorab an den/die Interviewpartner*in. Insgesamt ist mir eine neutrale forschende Grundhaltung während des Interviews gut gelungen und ich konnte auch einige Detail- und Verständnisfragen stellen. Die Unterbrechungen durch diese Fragen könnten jedoch auch den Redefluss sowie die Beantwortung im Gesamten beeinflusst haben. Zudem stellte ich bei der Transkription fest, dass vermehrte „Mhm“ beziehungsweise „Aha“ meinerseits die Konversation ebenfalls beeinflusst haben könnten.

6.2.2.3 Interview 3 – betroffene trans* Person

Der Erstkontakt wurde über E-Mails hergestellt. Nach Austausch einiger Daten und der Telefonnummer, wurde ein Online-Interview vereinbart. Das Interview wurde über Microsoft-Teams abgehalten und dauerte ungefähr eine halbe Stunde. Nach einer kurzen Einführung, der Klärung der Pronomen, der Erklärung des Datenschutzes und der Betonung von Freiwilligkeit, startete ich die Audioaufnahme. Der Interviewleitfaden wurde von mir zuvor soweit angepasst, dass bei der Beantwortung, die Erfahrungen sowie Wünsche der betroffenen Person, in Zusammenhang mit Unterstützungsstrategien der Sozialen Arbeit, im Vordergrund standen. Im Interview sind mir vertiefende Verständnis- und Detailfragen sowie eine offene Forschungshandlung gut gelungen. Nachdem ich das Transkript überprüft habe, wurde mir bewusst, dass ich einige Fragen offener hätte formulieren können. In meinem Bestreben, das Interview wie ein informelles Gespräch zu führen, habe ich möglicherweise nicht alle Fragen gemäß dem Interviewleitfaden präzise gestellt. Dadurch könnten einige weniger neutrale Begriffe verwendet worden sein, was dazu geführt haben könnte, dass ich dem Gegenüber Worte in den Mund gelegt habe.

6.2.3 Auswertungsmethode

Als Auswertungsmethode für die Forschungsdaten wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring gewählt. Die Wahl der qualitativen Inhaltsanalyse erfolgt aus mehreren Gründen. Erstens ermöglicht diese Methode eine detaillierte und systematische Untersuchung der Meinungen und Standpunkte, die von den Teilnehmenden geäußert werden. Zweitens erlaubt sie eine sorgfältige Analyse der inhaltlichen Daten, um Muster, Themen und Zusammenhänge zu identifizieren. Dies scheint mir besonders relevant, um die sozialarbeiterischen Strategien in Hinblick auf meine Forschung kategorisch zu sammeln und zu verstehen. Drittens bietet die Methode Raum für die Reflexion der Forschenden, um die eigene Rolle und mögliche Einflüsse auf den Forschungsprozess zu berücksichtigen. Somit kann die qualitative Inhaltsanalyse dazu beitragen, eine tiefgehende und umfassende Untersuchung des Themas zu ermöglichen (vgl. Mayring 1991:209-213).

7 Forschungsergebnisse

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Bachelorforschung präsentiert. Analysiert wurden drei leitfadengestützte Interviews, welche mit zwei Sozialarbeiter*innen und einer betroffenen LGBTQIA+ Person durchgeführt wurden. Die Forschungsergebnisse orientieren sich an den, im Punkt 6.1 angeführten, Forschungsfragen und werden anhand der qualitativen Inhaltsanalyse in Kategorien dargestellt.

Folgende Kategorien bilden die Basis für die Darstellung der Forschungsergebnisse, in Bezug auf die Gewährleistung der Unterstützung und dem Schutz von LGBTQIA+ Personen, in Zusammenhang mit Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen, durch die Soziale Arbeit:

- Zugänglichkeit und Effektivität von Unterstützungsangeboten
- Erfahrungen aus der Sozialen Arbeit mit LGBTQIA+ Personen
- Gesellschaftliche und politische Einflüsse
- Bedarfe und Erwartungen
    - Gegenüber Sozialarbeiter*innen
    - Gegenüber Gesellschaft und Systeme
    - Gegenüber Fördergeber*innen sowie der Aus- und Weiterbildungslandschaft

7.1 Zugänglichkeit und Effektivität von Unterstützungsangeboten

Die Analyse der Daten deutet darauf hin, dass wenige LGBTQIA+ Personen Hilfe bei sozialarbeiterischen Einrichtungen suchen. Dies wird aufgrund von Hemmschwellen und mangelnder Kenntnis über verfügbare Unterstützungsangebote vermutet (vgl. T3 2024:13-17, T1 2024:79-94). Die analysierten Daten legen nahe, dass der Kontakt mit Sozialarbeiter*innen in der Versorgungslandschaft, welcher „zufällig“ entsteht, möglicherweise besonders hilfreich sein kann, um bestehende Hemmschwellen zu überwinden (vgl. T3 2024:31-42). Die Eigeninitiative der Klient*innen scheint jedoch ein zentraler Faktor bei der Inanspruchnahme von Hilfe zu sein. Dies könnte unter anderem darauf hinweisen, dass das Wissen über sozialarbeiterische Angebote in der Gesellschaft begrenzt ist (vgl. T3 2024:14-21). Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere durch Medienpräsenz und Flyer, könnte laut den befragten Personen wesentlich dazu beitragen, die Erreichbarkeit und Bekanntheit von sozialarbeiterischen Angeboten zu verbessern (vgl. T3 2024:22-24). Besonders in ländlichen Gebieten lassen die Daten vermuten, dass die Erreichbarkeit von spezifischen Unterstützungsangeboten für LGBTQIA+ Personen unzureichend ist, was dazu führen kann, dass Klient*innen auf vorhandene Stellen ausweichen müssen, was jedoch nicht immer als ideal betrachtet wird.

> *„[…] äh, weils teilweise nur irgendwie in Bezirken nur eine Stelle irgendwie so gibt, vor allem am Land hoid a so wie bei mir, ähm… und duad olle hikuman. Wos oba jetzt teilweise ned amoi, ned amoi schwerpunktspezifisch duad hi keradn, owa hoid afoch weil sunst gefühlt nirgendwo wos is.“ (T3 2024:53-55)*

Insgesamt ergibt sich anhand der erhobenen Daten der Eindruck, dass LGBTQIA+ Personen oft ihre queere Identität verbergen, um Diskriminierung zu vermeiden (vgl. T1 2024:87-94). Laut FRA (vgl. 2020 a) gehen 52% offen mit ihrer sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität um, dennoch vermeiden 61% der befragten LGBTQIA+ Personen häufig oder immer in der Öffentlichkeit mit ihren gleichgeschlechtlichen Partner*innen Hand in Hand zu gehen. Es kann interpretiert werden, dass die sexuelle Orientierung und das Geschlecht in die Beratung nicht ausreichend integriert werden (vgl. T1 2024:140-147), da viele LGBTQIA+ Personen aus Angst vor Diskriminierung ihre queere Identität verbergen und sich in der Öffentlichkeit zurückhalten. Es liegt daher nahe, dass eine sensible und unterstützende Sozialarbeit von Bedeutung ist, die es diesen Personen ermöglicht, sich sicher und akzeptiert zu fühlen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität.

Die Analyse der Daten lässt die Schlussfolgerung zu, dass es Bemühungen gibt, eine sensible und diversitätsfreundliche Herangehensweise in sozialarbeiterischen Einrichtungen zu fördern (vgl. T1 2024:97-112, T2 2024:127-134). Trotz des Bestrebens, die Erreichbarkeit für queere Klient*innen zu verbessern (vgl. T1 2024:97-99), scheinen vorhandene queere Angebote überlastet zu sein (vgl. T2 2024:133-139). Aufgrund dessen kann vermutet werden, dass die Verbesserung der Zugänglichkeit von queeren Beratungs- und Hilfsangeboten, aufgrund der Überbelastung möglicherweise nicht aktiv vorangetrieben wird. Die Datenanalyse lässt die Interpretation zu, dass trotz Bemühungen seitens der Sozialarbeiter*innen, Unterbesetzungen und Ressourcenknappheit herrschen, was die Überforderung der Mitarbeiter*innen auch für Klient*innen sichtbar machen und potenziell die Qualität der Unterstützung beeinflussen kann (vgl. T3 2024: 45-52).

Es kann interpretiert werden, dass queere Personen, insbesondere trans* Personen, sich von bestehenden Schutzangeboten wie Frauenhäusern oder Notschlafstellen nicht ausreichend angesprochen fühlen oder sogar abgewiesen werden (vgl. T3 2024:158-164, 173-174). Aufgrund mangelnder geeigneter Unterstützungsangebote und der Angst vor erneuter Exklusion, Gewalt oder Diskriminierung würden Betroffene das Leid mitunter „über sich ergehen“ lassen (vgl. T3 2024:166-168, 186-187). Die Gesundheit Österreich GmbH (vgl. 2023) weist dahingehend, auf unzureichende beziehungsweise fehlende Hilfsangebote für queere Personen hin, was die Lage zusätzlich verschärfe. Besonders trans* Personen fühlen sich möglicherweise von den vorhandenen Angeboten nicht angesprochen oder werden abgewiesen, was ihren Zugang zu Hilfe und Schutz beeinträchtigen könnte.

> *„[…] und des vor allem a aus meinem Bekanntenkreis und so is, dass die ned wegkönnen, weils ähm… ein Freund von mir war das … der weder ins Frauenhaus kenna hod, […] auch transgender, de haum owa gsogt na des geht für eana goa ned, owa hoid a ned in a Männernotschlafstöh, weil des geht natürlich a ned.“ (T3 2024:160-164)*

Die Auswertung der Daten lässt vermuten, dass sozialarbeiterische Einrichtungen Wert auf die Erreichbarkeit und Kommunikation mit den Klient*innen legen, sei es persönlich, telefonisch oder über Video-Calls, insbesondere seit der Pandemie. Dabei scheint ein lebensweltorientierter persönlicher Kontakt angestrebt zu werden, um die Qualität der Sozialen Arbeit optimal zu sichern (vgl. T1 2024:44-62, T2 2024:146-147). Bei Bedarf können Klient*innen auch an andere Stellen weitervermittelt oder andere Fachgruppen hinzugezogen werden, um den Einstieg in die Versorgungslandschaft zu erleichtern (vgl. T1 2024:287-295, T3 2024:31-33). Die Einrichtungen scheinen auf eine vertrauensvolle Beziehung zwischen Klient*innen und Sozialarbeiter*innen zu achten. Dafür wird eine geschlechtsneutrale Sprache verwendet, insbesondere wenn das Geschlecht nicht eindeutig erkennbar ist oder eine Geschlechtsumwandlung stattfindet (vgl. T1 2024:147-157). Diversitätsfreundliche Maßnahmen wie geschlechtsneutrale Stellenausschreibungen und die Verwendung des Gendersternchens in der Öffentlichkeitsarbeit seien bereits umgesetzt worden (vgl. T1 2024:101-113). Die Interviews können dahingehend interpretiert werden, dass Bewusstsein und Wissen im Bereich LGBTQIA+ durch interne Schulungen gestärkt werden sollen (vgl. T1 2024:220-224). Durch Schulungen mit Fokus auf diese Thematik und einer engagierten Öffentlichkeitsarbeit trägt Soziale Arbeit möglicherweise auch zur gesellschaftlichen

Sensibilisierung bei (vgl. T1 2024:393-397, 382-384; T2 2024:93-100). Bewerber*innen der Sozialen Arbeit für Gewaltschutzeinrichtungen scheinen jedoch neben einer sensiblen, feministischen Grundhaltung (vgl. T1 2024:252-255) keine expliziten Kenntnisse oder Ausbildungen zu LGBTQIA+ mitbringen zu müssen (vgl. T1 2024:235-236). Zudem entsteht der Eindruck, dass es momentan keinen Ablaufplan für queere Klient*innen gibt (vgl. T1 2024:215-216), jedoch Bemühungen für eine Verschriftlichung eines zukünftigen LGBTQIA+ Konzeptes angestrebt werden.

> *„[…] und des fokussieren wir und des wollen wir in Zukunft nu mehr umsetzen a […], wir haben noch kein verschriftlichtes Konzept, ah, owa wir sind in der Erarbeitung eines derartigen Konzeptes, jo.“ (T1 2024:127-130)*

Die Analyse der Daten legt nahe, dass sich Sozialarbeiter*innen aktiv für die Gleichstellung von LGBTQIA+ Personen bei Behörden einsetzen. Dabei ziehen sie andere Stellen wie die Antidiskriminierungsstelle hinzu, um die Rechte der Betroffenen zu schützen (vgl. T1 2024:278-291, T2 2024:82-83). Besonderes Augenmerk scheint auf der Achtsamkeit im Umgang mit gewaltbetroffenen Menschen liegen, um Grenzüberschreitungen zu vermeiden (vgl. T1 2024:135-138; T2 2024:232-239). Sozialarbeiter*innen scheinen sich um eine aktive Nachfrage bezüglich der LGBTQIA+ Zugehörigkeit oder Pronomen zu bemühen, wenn sie das subjektive Empfinden verspüren dies zu tun (vgl. T1 2024:165-175). Eine Abfrage des Geschlechts scheint in Gewaltschutzeinrichtungen jedoch nicht standardisiert durchgeführt zu werden, da dies als „nicht relevant“ für den „Beratungsalltag“ angesehen wird. Denn die Klient*innen erhalten, laut Analyse der Daten, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung eine gleichwertige Beratung (vgl. T1 2024:140-147, 189-193). Auf „besonderen“ Bedarf scheint dabei zusätzlich eingegangen zu werden, wenn dieser von der betreffenden Person kommuniziert wird (vgl. T1 2024:193-195). Interpretationen lassen demgegenüber vermuten, dass Sozialarbeiter*innen ein Bewusstsein dafür haben, dass in der Beratung mit LGBTQIA+ Klient*innen Themen wie Diskriminierungserfahrungen, Coming-Out-Prozesse, Gewalterfahrungen oder Angst vor Gewalt sowie soziale Ängste präsent sein können (vgl. T2 2024:504-511).

7.2 Erfahrungen aus der Sozialen Arbeit mit LGBTQIA+ Personen

Durch die erhobenen Daten ergibt sich der Eindruck, dass Sozialarbeiter*innen von LGBTQIA+ Beratungsstellen unter anderem mit queeren Jugendlichen konfrontiert sind, die Gewalt im häuslichen Umfeld erfahren. Diese Gewalt geht offenbar vermehrt von Eltern oder Geschwistern aus und umfasst körperliche sowie verbale Gewalt (vgl. T2 2024:68-78). Zudem sind LGBTQIA+ Jugendliche häufig von Mobbing und Diskriminierung seitens Peergroups und/oder Lehrpersonal betroffen, sowohl in der Schule als auch in der Lehrlingsausbildung (vgl. T2 2024:80-86). Berichte von Jugendlichen lassen vermuten, dass Diskriminierung von verschiedenen Berufsgruppen ausgeht, darunter Lehrpersonal, Sozialpädagog*innen und Psychotherapeut*innen etc. (vgl. T2 2024:105-109). Workshops zur Sensibilisierung in Schulklassen scheinen von Sozialarbeiter*innen angeboten und durchgeführt zu werden. Jedoch können diese in manchen Fällen eine Herausforderung für Sozialarbeiter*innen darstellen, da es seitens der Teilnehmer*innen auch zu radikalen, aggressiven Äußerungen

kommen kann (vgl. T2 2024:437-439, 449-451). Zudem scheinen manche Eltern von Schüler*innen Ängste in Bezug auf eine vermeintliche Ansteckungsgefahr von Homosexualität oder Transidentität zu haben (vgl. T2 2024:439-441). Diese und weitere Umstände könnten möglicherweise zu Dynamiken unter den Schüler*innen und dem Lehrpersonal führen, welche queere Kinder und Jugendliche im Schulalltag benachteiligen, diskriminieren oder Gewalt aussetzen können. Sensibilisierungsschulungen von Sozialarbeiter*innen für Multiplikator*innen kommen aufgrund von Beschwerden, Mobbing, Interesse sowie Irritationen von beispielsweise Lehrpersonal zustande (vgl. T2 2024:102-105).

> *„[…] was junge Menschen vor allem berichten ist, in der Beratung ist äh, Mobbing und Diskriminierungserleben in der Schule, ja, also von Peergroups in der Klasse…teilweise auch diskriminatorisches ähm, Erleben von Seiten der Lehrpersonen, und das betrifft sowohl die Schüler als auch die Lehrlingsausbildungsstätten, ja.“ (T2 2024:83-86)*

In psychosozialen Beratungen mit Erwachsenen scheinen Beziehungsthemen präsent, wie zum Beispiel ein Coming-out innerhalb einer Beziehung und die Frage, wie die Beziehung weitergeführt werden kann. Zudem wird besprochen, welche Bedürfnisse Kinder haben, wenn Eltern eine Transition durchführen, und es findet Sensibilisierung in Bezug auf Schulen und andere Systeme statt (vgl. T2 2024: 149-162).

> *„Bei Erwachsenen ist es oft so des ähm, Beziehungsthemen (virulent) werden, wenn sich eine Person in einer Beziehung outet ja, (…) wie kann die Beziehung weiter gehen, kann sie weitergehen, sind Kinder da, was brauchen die Kinder im System […] des is daun doch sehr komplex […]“ (T2 2024:149-153)*

Bei der Analyse der Daten ist der Eindruck entstanden, dass nicht-sozialarbeiterische Einrichtungen möglicherweise nicht ausreichend sensibilisiert sind für das Thema Gender (vgl. T1 2024:384-387). LGBTQIA+ Personen scheinen zudem möglicherweise häufiger negative Erfahrungen mit cis-hetero männlich gelesenen Personen zu machen (vgl. T3 2024:119-124). Es scheint, dass Diskriminierung nicht immer absichtlich geschieht und in verschiedenen Formen auftreten kann, von der Verweigerung der Pronomen bis hin zu homophoben/transphoben Äußerungen (vgl. T1 2024:278, T2 2024:88-91). Polizeischulungen von Sozialarbeiter*innen zur Sensibilisierung scheinen zwar durchgeführt zu werden, jedoch gibt es immer wieder Berichte über Diskriminierung und Verletzung seitens der Exekutive gegenüber queeren Personen. In solchen Fällen wird von Sozialarbeiter*innen offenbar „nachtelefoniert“, um Klarstellungen zu treffen und die betroffenen Personen zu schützen. Die Zusammenarbeit mit der Polizei wird grundsätzlich als positiv bewertet, trotz dieser Herausforderungen (vgl. T1 2024:420-432).

> *„[…] Ahm, natürlich hauma a de Erfahrung a, dass Einzelpersonen aus der Exikutive oder des Gerichtes gibt, die gegebenenfalls gerade zu dem Thema über des ma grod reden (lacht) ahm, … sicher manchesmal nicht so sensiblisiert vergengan und daun manchesmal sicher auch schon wieder neue Verletzungsebenen bei Menschen geschafft haben. Und*

natürlich haum wir do a schaumoi nachtelefonieren … dürfen gottseidank und auch müssen […]“ (T1 2024:425-430)

Aus den Daten geht hervor, dass das Thema Geschlecht und Identität „emotional aufgeladen“ ist (vgl. T2 2024:113-118). Auch innerhalb der queeren Gruppierungen kommt es zu Reibungen, wie beispielsweise Diskussionen in der Transcommunity darüber, wer "wirklich" dazugehört (vgl. T2 2024:211-215). Zudem können psychische Belastungsfaktoren wie Diskriminierungs-, Gewalt- und Ausgrenzungserfahrungen eine allgemeine Angst vor Benachteiligung hervorrufen, wie auch das Minderheiten-Stress-Modell (vgl. Meyer 2003) bestätigt. Diese Belastungen beeinflussen offenbar die Schulleistung, schränken die Arbeitswahl ein und können zu Problemen führen, insbesondere bei trans Frauen. Letztere werden zudem scheinbar frühzeitig aus dem Arbeitsmarkt gedrängt und könnten dadurch noch stärker gesellschaftlich exkludiert werden (vgl. T2 2024:186-192). Auch die Agentur der europäischen Union für Grundrechte geht davon aus, dass trans* Personen überdurchschnittlich häufig von Diskriminierung, Belästigung und Gewalt betroffen sind. Dies führe bei den Betroffenen zu Ängsten und einer Ungleichstellung in sozialer Teilhabe (vgl. FRA 2014). In Österreich sind trans* Personen doppelt so häufig von physischer und sexueller Gewalt betroffen, als andere LGBTQIA+ Gruppen (vgl. FRA 2020 b).

„Ein, ein, ich mein das haum nicht alle queeren Personen gö, aber sehr viele. Ähm, ein Gefühl des Ausgegrenztsein, […] des Otherings sozusagen, des nicht passens, jo und des is einfach eine große Belastung und des führt wirklich a zu schlechteren Schulleistungen und damit a zu ah, nicht so guter Berufswahlmöglichkeiten und wirklich Probleme am Arbeitsplatz, also des is wirklich enorm bei Transfrauen, also des hab i ganz oft erlebt.“ (T2 2024:181-186)

7.3 Gesellschaftliche und politische Einflüsse

Aus den Interviews geht hervor, dass die Gesellschaft möglicherweise zu wenig Augenmerk auf queere Personen legt, insbesondere in Bezug auf Gewalt (vgl. T1 2024:67-71). Politische Entscheidungen, wie das Genderverbot in Niederösterreich, würden eine exkludierende Haltung zeigen und trotz guter gesellschaftlicher Entwicklungen, unter anderem aufgrund sozialarbeiterischem Einsatz, den Fortschritt bei der Gleichstellung von LGBTQIA+ Personen hemmen (vgl. T1 2024:359-372). Politisches Geschehen kann die Arbeit in der Sozialarbeit beeinflussen, da Sozialarbeiter*innen für die Rechte von Betroffenen kämpfen, jedoch durch rechtliche Rahmenbedingungen und politische Entscheidungen in ihrer Arbeit beschränkt werden können (vgl. T1 2024:378-380). Sozialarbeit befindet sich somit in einem politisch geprägten Spannungsfeld zwischen den Bedürfnissen der Klient*innen, dem Staat und der eigenen Menschenrechtsprofession. Queerness scheint nach wie vor vom konservativen Teil der Gesellschaft und der Politik abgelehnt oder sogar als Bedrohung dargestellt zu werden, was die Soziale Arbeit für diese Gruppe erschweren kann.

*„Ja i, i man, die Sozialarbeit ist ja nach wie vor, […] also in diesem Spannungsfeld zwischen Klient*innen und Staat, Menschenrechtsprofession und eigener Profession […] diese Spannungsfelder sind selbstverständlich geprägt durch Politik und Regierungen. Und i muas schon sagen gerade in dem Kontext queer und des a sehr ähm, konservativen Teil der Gesellschaft aber auch parteipolitischen Gesellschaft oder ähm, durchaus abgelehnt wird nach wie vor ähm, und äh eben a als Bedrohung der Gesellschaft dargestellt wird ja… Ist natürlich schwieriger unter diesen Bedingungen Soziale Arbeit zu machen in dem Kontext […]" (T2 2024:357-364)*

Die gesellschaftliche Sensibilisierung für LGBTQIA+ Themen scheint daher noch in den Anfängen zu stehen (vgl. T1 2024:393-394). Sozialarbeiter*innen nehmen eine subjektiv erlebte „Verrohung" von Haltungen gegenüber queeren Menschen wahr, die in den letzten Jahren zugenommen zu haben scheint (vgl. T2 2024:404-424). Diese „Verrohung" zeige sich möglicherweise unter anderem in einer stark homophoben Haltung, die teilweise mit Perversion und Pädophilie vermischt wird (vgl. T2 2024:444-449). Das übergeordnete Ziel für Sozialarbeiter*innen in diesem Zusammenhang scheint soziale Gerechtigkeit zu sein, wobei die Arbeit an der Haltung von Menschen und der Gesamtgesellschaft entscheidend sein könnte (vgl. T2 2024:401-402).

Die Datenanalyse lässt die Vermutung zu, dass die Dauerbelastung, welcher queere Personen in der Gesellschaft ausgesetzt sind, auf die herrschende Heteronormativität zurückzuführen sein könnte (vgl. T2 2024:168-170). Die gesellschaftliche Dominanz einer Heteronormativität wird auch von Nagy (vgl. 2016:57) betont. Diese Norm wirke sich auch auf die Soziale Arbeit und die Wahrnehmung auf Klient*innen(gruppen) aus. Für LGBTQIA+ Personen scheint darüber hinaus aus der Gesellschaft eine reale Gefahr auszugehen, insbesondere für trans* Frauen (vgl. T2 2024:522-525). Die Angst vor der Angst, wie sie im Minderheiten-Stress-Modell von Meyer (vgl. 2003) erklärt wird (siehe Punkt 5.1), scheint bei queeren Klient*innen deutlich spürbar zu sein (vgl. T2 2024:511-515).

„[…] und i glaub trotzdem, dass bei viele nu so verankert ist, dass mit ihnen was falsch rennt, zumindest wars bei mir so… und für den Kontext, i bin transgender […]" (T3 2024:64-66).

Obwohl es den Eindruck von einer toleranten Gesellschaft geben könnte, insbesondere durch Veranstaltungen wie Regenbogenparaden, scheint Toleranz jedoch gesamtgesellschaftlich nicht garantiert zu sein (vgl. T2 2024:194-209). Viele queere Personen leiden möglicherweise unter internalisierter Homo- und Transphobie als Ergebnis einer heteronormativen und patriarchalen Gesellschaft. Ein Grund für internalisierte Selbstablehnung und Identitätsdiffusion bei queeren Personen könnte anhand der Daten die lange Pathologisierung von LGBTQIA+ Personen durch die Gesellschaft sein (vgl. T2 2024:217-228). Zudem deuten die Daten darauf hin, dass das Selbstwertgefühl und das Zugehörigkeitsgefühl von LGBTQIA+ Personen womöglich stark von politischen und gesellschaftlichen Einflüssen geprägt sind, was auch die Hemmschwelle, Hilfe in Anspruch zu nehmen, beeinflussen kann (vgl. T2 2024:168-178, 368-377; T3 2024:173-174).

„Oiso i kum aus an sehr sehr rechten Haushalt […] und grod in ana Entwicklungsphase is des hoid sehr sehr schädlich […] vor allem es verzögert die persönliche Entwicklung afoch enorm… Sowohl jetzt von äh, Politik irgendwie mitzukriang, jo na des is foisch, des san Verbrecher oder keine Ahnung ois, als auch von der Gesellschaft irgendwie so ‚Bedrohung für unsere Kinder' und keine Ahnung wos […]" (T3 2024:91-97)

7.4 Bedarfe und Erwartungen

7.4.1 Gegenüber Sozialarbeiter*innen

Die Aussagen der befragten Personen legen nahe, dass eine starke Haltung seitens Sozialarbeiter*innen erforderlich ist, um die Gleichstellung von LGBTQIA+ Personen bei Behörden zu fördern. Es wird beschrieben, dass es seitens der Sozialen Arbeit scheinbar notwendig ist, ein "Wort zu ergreifen" für diese Menschen, um Diskriminierung aufzuzeigen und zu bekämpfen (vgl. T1 2024: 278-286, T2 2024:484-486). Laut Nagy (vgl. 2016:63) könnte dies einem queer-inklusiven Ansatz entsprechen, welcher Sozialarbeiter*innen auffordert, Gleichstellung innerhalb bestehender heterosexueller Standards zu etablieren, indem sie Diskriminierung bekämpfen und Gesetzesänderungen fordern (siehe 5.2). Werte- und Haltungsarbeit könnte, neben der Aufklärungsarbeit, ein wichtiges Mittel der Sozialarbeit sein, die Gesellschaft zu sensibilisieren (vgl. T2 2024:388-399). Für die Sensibilisierungsarbeit scheint es wichtig zu sein, dass Sozialarbeiter*innen stellvertretend und korrigierend mit radikalen Äußerungen gegenüber LGBTQIA+ Personen umgehen können. Die Grenzen solcher Äußerungen sollten mit menschenrechtlichen und juristischen Argumenten verdeutlicht werden (vgl. T2 2024:455-460). Jedoch sollen in Hinblick auf Diskussionen zu diesem Thema, auch Vorbereitungen zur Entlastung der Sozialarbeiter*innen getroffen werden und bei Bedarf Grenzen gezogen werden, z. B. durch den Abbruch eines Workshops bei radikalisierten Teilnehmer*innen (vgl. T2 2024:477-478).

„[…] i man do kumman daun schon so Meldungen wie ‚Jo alle Schwulen und Lesben gehören sowieso umbrocht' […] oiso sehr starke Bilder sagen wir mal so, jo […] is daun a wichtig des Thema zu vertreten und stellvertretend zu, des irgendwie zu korrigieren oder zurechtzurücken." (T2 2024:486-492)

Sozialarbeiter*innen sollten offen sein, mit queeren Personen zu arbeiten und gegebenenfalls auch Case Management zu übernehmen, selbst wenn sie noch nicht viel Erfahrung mit dieser Zielgruppe haben (vgl. T2 2024:352-354). Zudem sei es wichtig, dass Sozialarbeiter*innen Verständnis und Empathie für die Dauerbelastung von queeren Personen entwickeln und eine hohe Sensibilität in der Arbeit mit ihnen zeigen, um Dynamiken zu verstehen und einfühlend sein zu können (vgl. T2 2024:180-181, 232-239). Die Beachtung von vermeintlichen Kleinigkeiten, wie zum Beispiel das aktive Fragen nach Pronomen oder das Akzeptieren von Veränderungen, scheinen neben der Selbstreflexionsfähigkeit von Sozialarbeiter*innen von

großer Bedeutung in diesem Kontext zu sein (vgl. T2. 2024:329-350). Grundwissen über Transitionsabläufe und der rechtlichen Lage scheint für eine erfolgreiche Sozialarbeit mit queeren Personen ebenso relevant zu sein (vgl. T2 2024:241-247). Zusätzlich sollte auch eine weiterbildende Eigenverantwortung seitens der Sozialarbeiter*innen angestrebt werden, um sich Expert*innenwissen anzueignen und um eine Fachkraft in diesem Bereich werden zu können (vgl. T2 2024:316-324).

Aufgrund der Präsenz von Diskriminierungserfahrungen in Beratungen mit LGBTQIA+ Personen scheint es essenziell, dass Sozialarbeiter*innen fachlich kompetent, empowernd und lösungsorientiert arbeiten, um queere Personen bestmöglich bei der Entwicklung von Strategien und Schutz zu unterstützen (vgl. T2 2024:504-508). Dabei sei es wichtig, Ängste abzubauen und gleichzeitig auf reale Gefahren aufmerksam zu machen (vgl. T2 2024:522-525). Partizipation, die Wahrung der Autonomie und die Förderung der Selbsthilfefähigkeiten scheinen zentrale Bedarfe von LGBTQIA+ Klient*innen zu sein, die Sozialarbeiter*innen in der Zusammenarbeit mit diesen Personen berücksichtigen sollten.

> *„[…] Jo, weili ma hoid a gmerkt hob, dass diese Partizipation hoid a sehr wichtig is und a wirklich […] mehr bewirken kann a, ähm… ois wie stumpfes ‚i moch des jetzt für di' oiso weils im Endeffekt a a bissl a Stabilität gibt und a ‚i kaun wos und i schoff wos und des passt' und Ding… ‚i bin trotzdem so a freier Mensch, dass i für mi entscheiden derf ohne dass jemand pissed is' […]" (T3 2024:213-217)*

Aus den Daten geht hervor, dass Sozialarbeit eine gesellschaftssensibilisierende Wirkung zu haben scheint. Das politische Mandat der Sozialen Arbeit zu nutzen und sich solidarisch mit der LGBTQIA+ Community zu zeigen, etwa durch politische Aktivitäten einzelner Sozialarbeiter*innen bei Demonstrationen, könnte daher höchst relevant sein (vgl. T1 2024:382-384, T2 2024:378-384). Die Soziale Arbeit sollte laut Datenanalyse, vermehrt ihrem Auftrag der Aufklärungsarbeit in Bezug auf LGBTQIA+ nachkommen und gesellschaftsbildende Angebote zu Inklusion und Akzeptanz, auch speziell mit intoleranten oder radikalisierten Personen, forcieren (vgl. T3 2024:71-77). Angesichts der bestehenden Gefahr ausgehend von der Gesellschaft für LGBTQIA+ Personen, insbesondere für trans* Personen, sollten Sozialarbeiter*innen neben Empowerment auch auf diese Gefahren in der Beratung hinweisen und entsprechende Schutzmaßnahmen empfehlen (vgl. T2 2024:522-525, T3 2024:159-160).

Es scheint einen hohen Bedarf an queeren Angeboten und Safe Spaces zu geben, insbesondere in ländlichen Gebieten, um sich zu vernetzen und sich in einem sicheren, toleranten Rahmen mit den eigenen Lebensthemen auseinandersetzen zu können (vgl. T2 2024:277-280, T3 2024:61-64). Die Etablierung von queeren (Gewalt-) Schutzhäusern wird als besonders wichtig angesehen (vgl. T3 2024:158-164), da queere und vor allem trans* Personen überdurchschnittlich von Gewalt betroffen sind (vgl. FRA 2020 b). Die LGBTQIA+ Thematik als Querschnittsmaterie sollte möglicherweise in allen sozialarbeiterischen Handlungsfeldern vorangetrieben werden. Damit Soziale Arbeit nicht ausschließlich zielgruppenspezifisch, sondern intersektional arbeiten kann (vgl. T2 2024:542-548). Der Bedarf nach LGBTQIA+ Inklusion scheint zwar in der Sozialen Arbeit überall vorhanden zu

sein, jedoch nicht in allen Handlungsbereichen gleichermaßen gewichtig oder prioritär (vgl. T3 2024:103-109).

> *„[…] i glaub wir sind lang, lang schon hinweg davon dasma nur zielgruppenspezifisch arbeiten können. Also i find die Zeiten sind vorbei wo i sog i arbeit nur mit Menschen, die im Rollstuhl sitzen ja, und bild mir nur für des aus. Jo, Menschen, die im Rollstuhl sitzen können auch queer sein, sie können Migranten sein, wir brauchen sowieso eine multiperspektifische Sozialarbeit die sozusagen so aufgstöht is. […]“ (T2 2024:542-546)*

7.4.2 Gegenüber Gesellschaft und Systeme

Die Sensibilisierung der Gesamtgesellschaft bezüglich LGBTQIA+ Themen, kann aus den Daten als dringender Bedarf erkannt werden (vgl. T1 2024:270-271). Eine Auflösung der Heteronormativität in der Gesellschaft könnte möglicherweise die Belastungen von queeren Menschen verringern (vgl. T2 2024:168-170). Dies wird auch laut Meyer (vgl. 2003) anhand des Minderheiten-Stress-Modells, welches unter Punkt 5.1 näher beschrieben wird, ersichtlich. Es scheint zudem ein Bedarf zu bestehen, Behörden und Kooperationspartner*innen der Sozialen Arbeit zu sensibilisieren, um Diskriminierungen zu verringern oder zu verhindern (vgl. T1 2024:272-278). Insbesondere wird eine Sensibilisierung von Justiz und Polizei gewünscht, vor allem in Bezug auf Gewalt, Diversität und Gendersensibilität (vgl. T1 2024:408-415). LGBTQIA+ Personen scheinen das, oftmals als diskriminierend wahrgenommene, Verhalten von Polizeipersonal, kritisch zu betrachten. Die Aussagen lassen die Vermutung zu, dass sich queere Personen geschulte und tolerante Polizist*innen wünschen.

> *„[…] bezüglich Polizei (lacht) ähm… do is hoid a sehr sehr kritisch zu hinterfragen wie, erstens wie guad geschult, dass generell san auf ihren Bereich und daun zusätzlich äh, […] a dass sehrwohl a aufs menschliche a gschaud werden sollte, bei Polizeiaufnahmen und so weiter und a generell bei Fortbildungen, weil Polizei […] wieviele eigentlich mit sovü Stereotypen und Stigmata an Menschen herangehen, äh, dass an eigentlich nur schlecht wird.“ (T3 2024:138-149)*

Die Daten legen zudem nahe, dass Politiker*innen Fachwissen von Expert*innen aufgreifen und Leitlinien entwickeln bzw. bestehende Leitlinien einhalten sollten (vgl. T1 2024:374-378). LGBTQIA+ Personen erwarten sich womöglich auch eine verstärkte Kontrolle seitens der Politik bezüglich Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung in der Gesellschaft (vgl. T3 2024:134-138). Journalist*innen könnten ebenfalls zur Sensibilisierung der Gesellschaft beitragen, indem sie geschlechtsneutrale oder sensible Sprache verwenden, um die Sichtbarkeit und Akzeptanz von LGBTQIA+ Personen in den Medien zu fördern (vgl. T1 2024:397-399).

7.4.3 Gegenüber Fördergeber*innen sowie der Aus- und Weiterbildungslandschaft

Obwohl man aus den vorhandenen Daten entnehmen kann, dass Sensibilisierungsworkshops für Firmen, Organisationen und auch die Polizei existieren (vgl. T1 2024 :424-425, T2 2024:95-100), scheint es wichtig, die gesamte Versorgungslandschaft, einschließlich des Gesundheits- und psychosozialen Bereichs, damit erweitert abzudecken (vgl. T2 2024:294-299). Im Gesundheitswesen scheinen Schulungen besonders wichtig zu sein (vgl. T3 2024:109-110). Bei der Polizei sollte bereits im Aufnahmeverfahren und später in der Weiterbildung verstärkt auf Sensibilisierung geachtet werden (vgl. T3 2024:141-149). Auch Psychotherapeut*innen werden in ihrer Ausbildung möglicherweise nicht beziehungsweise nicht ausreichend auf LGBTQIA+ Klient*innen und ihre Bedarfe vorbereitet (vgl. T2 2024:109-118). Gesundheit Österreich GmbH (vgl. 2023) empfiehlt eine LGBTIQIA+-sensible Akutversorgung. Fachkräfte sollen respektvoll und sensibel agieren, Selbstbezeichnungen respektieren und geschlechtsneutrale Anreden verwenden. Opferschutzgruppen und Weiterbildungen für Personal sollen Stigmatisierung abbauen und die Versorgungssituation verbessern.

Die Allgemeinen ergibt sich der Eindruck, dass das Thema LGBTQIA+ in der Ausbildung für Soziale Arbeit zu kurz gekommen sein könnte und lediglich angeschnitten wurde (vgl. T1 2024:318-323). Insbesondere in länger zurückliegenden Ausbildungen für Sozialarbeiter*innen scheint die Vorbereitung auf LGBTQIA+ Themen nicht ausreichend gewesen zu sein (T2 2024:302-314). Es scheint, dass die Wissensvermittlung, Schulung im Umgang mit queeren Klient*innen und die Sensibilisierung zum Thema LGBTQIA+ in der Grundausbildung von Sozialarbeiter*innen fehlte (T1 2024:332-338). In der Ausbildung sollten daher möglicherweise mehr praktische Ansätze im Erstkontakt und in der Arbeit mit LGBTQIA+ Personen sowie im Umgang mit geschlechtsneutraler Sprache vermittelt werden. Es scheinen gute Angebote zu Weiterbildungen in diesem Bereich zu existieren, jedoch fehlt möglicherweise ein „Grundgerüst in der Grundausbildung“ (vgl. T1 2024:350-354).

> *„[…] und parallel braucht es längerfristig selbstverständlich Queerness als Querschnittsmaterie in allen Ausbildungssettings und in allen Milieus, jo.“ (T2 2024:280-281)*

Medizinisches und juristisches Grundwissen könnte in der Arbeit mit queeren Personen wichtig sein, jedoch scheint dieses ebeso nicht ausreichend in der Ausbildung vermittelt zu werden (vgl. T2 2024:241-250). Die Interpretationen der Daten deuten darauf hin, dass möglicherweise trotz bestehender Eigenverantwortung der einzelnen Sozialarbeiter*innen, Fachwissen zu erlangen, oft auch Frust über die Selbstkoordinierung und Bezahlung von Fortbildungen vorhanden ist (vgl. T2 2024:504-508, 535-537). Es wird darauf hingewiesen, dass Dienst- und Fördergeber*innen mit Budget für Fortbildungen benötigt werden, denen das Thema LGBTQIA+ am Herzen liegt, um besser „multiperspektifisch“ und intersektional arbeiten zu können (vgl. T2 2024:537-548). Dass auch Sozialarbeiter*innen zum Teil nicht ausreichend sensibilisiert sind, könnte möglicherweise auf eine unzureichende Vorbereitung in der Ausbildung zurückzuführen sein (vgl. T2 2024:120-121). Für die Umsetzung guter Aus- und Weiterbildung scheint eine starke Berufsvertretung und Anerkennung der Wichtigkeit des Berufes erforderlich zu sein, damit mehr Budget zur Verfügung gestellt wird (vgl. T2 2024:551-558). Dies könnte auch Unterbesetzung sowie Ressourcenknappheit verringern (vgl. T3

2024:48-50). Laut Nagy (vgl. 2016:63f) könnte der Einzug von "Queer Consciousness" in der Ausbildung von Sozialarbeiter*innen Bewusstsein für Prozesse schaffen, indem die gesellschaftliche Heteronormativität hinterfragt wird. In 5.2 wird dieser Ansatz für eine queer-inklusive Sozialarbeit näher beschrieben.

8 Gegenüberstellung der Vorannahmen und Ergebnisse

Die in Kapitel 4 formulierten Vorannahmen und Hypothesen wurden anhand der erhobenen Ergebnisse überprüft und verglichen.

Die Ausbildung zur Sozialen Arbeit wird in der Tat als unzureichend angesehen, wenn es um die Vermittlung von Wissen und Methoden zum Umgang mit den Bedarfen queerer Personen mit Gewalt- und/oder Diskriminierungserfahrungen geht. Studierende und Fachkräfte fühlen sich nach der Grundausbildung nicht ausreichend vorbereitet, um in der Praxis erfolgreich LGBTQIA+ Klient*innen unterstützen zu können. Es scheint daher bedeutend schon im Studium Queerness handlungsfeldübergreifend zu betrachten und Intersektionalität zu lehren. Die Aneignung von praktischen Methoden, medizinischem und juristischem Wissen sowie sensibler Kommunikation, in Bezug auf LGBTQIA+ Klient*innen, sind daher sowohl Eigenverantwortung der einzelnen Sozialarbeiter*innen, als auch eine Frage nach starker Berufsvertretung, Dienstgeber*innen sowie Fördermittel.

Die Vorannahmen in Bezug auf meine Tätigkeit im Frauenhaus konnten nicht zur Gänze bestätigt werden. Ob geschlechtsspezifische Bezeichnungen, wie „Frauenhaus“, Zugänglichkeit für queere Personen beeinflussen, konnte aus den Daten nicht abgeleitet werden. Jedoch sind möglicherweise insbesondere Opferschutzeinrichtungen wie Frauenhäuser nicht optimal für nicht-heteronormative Personen. Queere Personen, insbesondere trans* Menschen, fühlen sich nicht ausreichend von Frauenhäusern angesprochen oder werden abgewiesen. Dies kann dazu führen, dass betroffene Personen, aus Angst vor Exklusion oder Diskriminierung, Gewalt erdulden. Schließlich zeigt die Forschung, dass es in der sozialarbeiterischen Praxis einen Mangel an spezifischen Konzepten, Handlungsstrategien und Methoden gibt, um LGBTQIA+ Personen mit Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen angemessen zu unterstützen. Jedoch wird die Etablierung von queer-inklusiven Konzepten bereits angestrebt.

LGBTQIA+ Personen sind als vulnerable Gruppe besonders von Gewalt und Diskriminierung betroffen, was sowohl in den Ergebnissen als auch der Literatur erkennbar ist. Die Vermutung, dass Sozialarbeiter*innen die spezifischen Bedarfe von LGBTQIA+ Personen unzureichend wahrnehmen, lässt sich anhand der erhobenen Daten nicht bestätigen. Jedoch geht hervor, dass vor allem nicht-sozialarbeiterische Systeme, Einrichtungen und Behörden zum Teil unsensibel oder diskriminierend vorgehen. Sozialarbeiter*innen agieren hierbei im Sinne der queeren Klient*innen und setzen sich für Ihre Rechte und Bedarfe in Zusammenarbeit mit anderen Stellen ein.

Die Hypothese eines Mangels an Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich LGBTQIA+ wird durch die Ergebnisse teilweise gestützt. Während es scheinbar gute queere Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Sozialarbeiter*innen gibt, besteht ein Bedarf an vermehrter Einbindung von LGBTQIA+ Thematiken im Studium der Sozialen Arbeit. Hinzukommend wird aus den Ergebnissen ersichtlich, dass ein Bedarf an gesamtgesellschaftlicher Sensibilisierung vorhanden zu sein scheint. Vor allem im Gesundheitswesen und der Polizei scheinen Sozialarbeiter*innen und queere Personen einen Bedarf an Schulung zu erkennen. Dies verdeutlicht die Relevanz der Entwicklung und Implementierung von queer-inklusiven Maßnahmen und Sensibilisierungsstrategien, um den Schutz und die Unterstützung von LGBTQIA+ Personen zu verbessern.

9 Konzeptaufriss

Basierend auf den Erkenntnissen der vorliegenden Arbeit wird im folgenden Kapitel ein Konzeptaufriss für sozialarbeiterische Einrichtungen entwickelt, um eine queer-inklusive Sozialarbeit zu fördern. Dieses Konzept soll auf den Bedarfen und Verbesserungsansätzen beruhen, die aus der Analyse der Forschungsergebnisse hervorgegangen sind. Ziel ist es, praktische Empfehlungen und Maßnahmen zu formulieren, die Sozialarbeiter*innen dabei unterstützen, eine effektive und zugängliche Unterstützung für LGBTQIA+ Personen zu gewährleisten.

- **Sensibilisierung und Schulung:**
  Dies beinhaltet die regelmäßige Sensibilisierung und Schulung für alle Mitarbeitenden zu LGBTQIA+ Sensibilität, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung und Diskriminierungserfahrungen im Kontext von Gewalt, beginnend mit der Einschulung.

- **Queer-sensible Beratung und Unterstützung:**
  Die Bereitstellung von mindestens einer qualifizierten Fachkraft für queere Beratung und Unterstützung, die die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen von queeren Menschen in Gewaltsituationen versteht und über juristisches und medizinisches Wissen in Bezug auf LGBTQIA+ Personen verfügt.

- **Geschlechtsneutrale Sprache und Gendern:**
  Dies beinhaltet die einrichtungsinterne Förderung der Verwendung von geschlechtsneutraler Sprache und Gendern in der Kommunikation und in allen schriftlichen Materialien. Zudem wird ein standardisiertes Fragen nach Pronomen forciert.

- **Zusammenarbeit mit externen LGBTQIA+ Organisationen:**
  Aufbau und Pflege einer nachhaltigen Zusammenarbeit mit externen LGBTQIA+ Organisationen, Schutzeinrichtungen und Netzwerken werden angestrebt, um den Zugang zu spezialisierten Ressourcen und Unterstützungsdiensten sowie die Vernetzung von queeren Personen zu erleichtern. Zudem wird die einrichtungsinterne

Teilnahme an lokalen queer-spezifischen Initiativen und Veranstaltungen zur Stärkung der Verbindung mit der LGBTQIA+ Community regelmäßig initiiert. Darüber hinaus wird im sozialen Nahraum die Initiative für die Etablierung von queeren Angeboten, Formaten und Schutzräumen ergriffen.

- **Kontinuierliche Evaluation und Anpassung:**
  Eine Evaluation der queer-inklusiven Maßnahmen und Strategien wird regelmäßig durchgeführt. Außerdem wird das Konzept, basierend auf Rückmeldungen von Klient*innen, Mitarbeitenden und externen Partner*innen angepasst, um eine kontinuierliche Verbesserung zu gewährleisten.

- **Öffentlichkeitsarbeit und Advocacy:**
  Jede*r Sozialarbeiter*in beteiligt sich an aktiver Öffentlichkeitsarbeit und Advocacy für die Rechte und Bedarfe von LGBTQIA+ Personen, besonders im Kontext von Gewalt und Diskriminierung. Die Einrichtung bemüht sich außerdem um die Teilnahme an gesellschaftlichen Diskussionen und Kampagnen zur Förderung von LGBTQIA+ Gleichstellung und Akzeptanz in der Gesellschaft.

Dieser Konzeptaufriss zielt darauf ab, eine sichere und inklusive Umgebung für queere Menschen in sozialarbeiterischen Einrichtungen zu schaffen, die spezifische Bedarfe und Herausforderungen berücksichtigt. Durch die Implementierung dieser Maßnahmen wird eine effektive queer-inklusive Sozialarbeit gewährleistet, die zur Stärkung und Unterstützung der LGBTQIA+ Community beiträgt.

10 Fazit

Die Soziale Arbeit spielt eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung von Unterstützung und Schutz für LGBTQIA+ Personen, insbesondere in Bezug auf Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen. Auf Basis der Forschungsfragen lassen sich wichtige Erkenntnisse zusammenfassen:

Für Sozialarbeiter*innen ist es entscheidend, hinsichtlich queerer Lebensrealitäten sensibilisiert zu sein und eine queer-inklusive Praxis zu implementieren. Dies setzt neben einer soliden Grundausbildung auch regelmäßige Schulungen und Fortbildungen voraus, um die spezifischen Bedarfe und Herausforderungen von LGBTQIA+ Personen zu verstehen und adäquat darauf eingehen zu können. Darüber hinaus ist die Förderung von geschlechtsneutraler Sprache und die Schaffung sicherer (Schutz-) Räume von großer Bedeutung, um ein Umfeld frei von Diskriminierung zu gewährleisten. Für die Umsetzung dessen brauchen Sozialarbeiter*innen eine starke berufliche Vertretung und Budgets, welche von Dienst- und Fördergeber*innen zur Verfügung gestellt werden sollten.

Betroffene LGBTQIA+ Personen erwarten von Sozialer Arbeit eine umfassende und kompetente Unterstützung. Dazu gehört nicht nur eine einfühlsame Beratung, sondern auch

konkrete Hilfe bei der Bewältigung von Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen. Dabei ist es besonders wichtig die Autonomie der Personen zu wahren sowie partizipativ und motivierend zu agieren. Jedoch bedarf es auch der Aufklärung über die realen Gefahren aus der Gesellschaft für queere Personen und die Erarbeitung von individuellen Schutzstrategien. LGBTQIA+ Personen benötigen sichere Anlaufstellen, die ihre Identität respektieren, ihre Selbsthilfekräfte fördern und in denen sie sich verstanden und akzeptiert fühlen.

Insgesamt kann Soziale Arbeit durch eine queer-inklusive Praxis, kompetente Beratung und Unterstützung sowie kontinuierliche Weiterbildung, zur gesamtgesellschaftlichen Sensibilisierung beitragen. Die queer-inklusive Sozialarbeit erfordert eine kontinuierliche Reflexion und Anpassung der Praxis, um den Bedarfen der LGBTQIA+ Community gerecht zu werden und effektive Unterstützung und Schutz zu gewährleisten. Schließlich bestätigen die Ergebnisse der Forschungsarbeit die Notwendigkeit, dass die Soziale Arbeit die Qualität im Umgang mit LGBTQIA+ Themen erhöhen und ihren Auftrag der gesellschaftlichen Sensibilisierung erfüllen sollte, um eine die effektive Unterstützung und einen angemessenen Schutz dieser Bevölkerungsgruppe zu gewährleisten.

11 Resümee und Forschungsausblick

Dieses Kapitel reflektiert den Forschungsprozess und die Erkenntnisse der vorliegenden Bachelorarbeit. Außerdem schließt es die Forschung mit Gedanken zu einem möglichen Forschungsausblick ab.

Die Daten wurden mittels leitfadengestützten Interviews erhoben und mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring analysiert. Die Analyse anhand von Kategorien erschien besonders erstrebenswert, weshalb diese Methode die Forschung herangezogen wurde. Im Prozess stellte sich die Definierung von Ergebniskategorien jedoch als eine Herausforderung dar. Die Kategorien wurden während der Auswertung teilweise verändert oder angepasst und in der Arbeit anders strukturiert. Aufgrund der vielfältigen Daten zu den Einflüssen von Gesellschaft und Politik, welche aus den drei Interviews hervorgebracht wurden, konnte eine weitere Subforschungsfrage formuliert werden. Diese wurde erst im Auswertungsprozess erarbeitet und ergänzt.

Obwohl die Forschung hauptsächlich die Soziale Arbeit adressiert, waren die Bestrebungen eine betroffene Person zu interviewen von Anfang an gegeben. Dies stellte sich aus verschiedenen Gründen als schwierig heraus. Erst im Analyseprozess der ersten zwei Interviews, ergab sich die Möglichkeit für ein Interview mit einer betroffenen Person. Auch wenn das bedeutete, dass die zeitlichen Ressourcen knapp werden, wollte ich, im Sinne der Nutzer*innenbeteiligung, unbedingt die Perspektive einer LGBTQIA+ Person gewinnen.

Die formulierten Vorannahmen und Hypothesen konnten zum Teil bestätigt werden. Aufgrund der fehlenden gänzlichen Übereinstimmung scheint es besonders bedeutend zu erwähnen,

dass eine ergebnisoffene Haltung sowie eine forschende Grundeinstellung essenziell für eine qualitätvolle und erkenntnisreiche Forschung sind.

Während der Untersuchung wurde deutlich, dass LGBTQIA+ Personen nach wie vor mit einem hohen Maß an Diskriminierung und Gewalt konfrontiert sind, insbesondere trans* Personen. Sozialarbeiter*innen stehen vor der Herausforderung, angemessene Unterstützung und Schutzmaßnahmen zu bieten, jedoch mangelt es an einer queer-inklusiven Grundausbildung und standardisierten Konzepten für queere Klient*innen. Die Ergebnisse dieser Arbeit verdeutlichen die Dringlichkeit einer verbesserten Ausbildung für Sozialarbeiter*innen im Bereich LGBTQIA+. Es bedarf außerdem einer stärkeren politischen und gesellschaftlichen Sensibilisierung, um die Lebenssituation und den Schutz dieser vulnerablen Gruppe nachhaltig zu verbessern.

Zukünftige Forschung könnte sich auf die Wirksamkeit des Studiengangs Soziale Arbeit und die Implementierung queer-inklusiver Konzepte in sozialarbeiterischen Einrichtungen konzentrieren. Es besteht außerdem ein umfassender Bedarf an wissenschaftlicher Literatur, Forschungsarbeiten und Studien zu queer-inklusiver Sozialarbeit und Queerness als Querschnittmaterie aller Handlungsfelder. Zudem benötigt es langzeitige Forschungen, um den Einfluss von sozialarbeiterischen Unterstützungsmaßnahmen auf die Lebensqualität und Sicherheit von LGBTQIA+ Personen zu evaluieren.

Literatur

- Baier, Fabian/ Nordt, Stephanie (2021): Vielfalt stärken und schützen. In: Sozial Extra 45. Wiesbaden. S. 90–94
- Ehlert, Gudrun (2016): Kritik, Reflexion und Dekonstruktion. Der Einfluss der Frauen- und Geschlechterbewegung auf die Soziale Arbeit. Soz Passagen 8. Wiesbaden. S. 229–231
- Bundeskanzleramt (2014): Geschlecht und Gender. Bundesministerium Bildung, Wissenschaft und Forschung. In: erwachsenenbildung.at. Wien. https://erwachsenenbildung.at/themen/gender_mainstreaming/theoretische_hintergruende/geschlecht_und_gender.php [Zugriff am 04.03.2024]
- Bundeskanzleramt (2023): Definition Gewalt mit dem Fokus auf Familie und den sozialen Nahraum. In: gewaltinfo.at. Wien. https://www.gewaltinfo.at/fachwissen/definition-gewalt.html [Zugriff am 06.03.2024]
- Filho, Leal et al. (2021): LGBTQIA, LGBT+, GLBT+, LGBTQ. In: Leal Filho, W., Marisa Azul, A., Brandli, L., Lange Salvia, A., Wall, T. (Hrsg.) Geschlechtergleichheit. Enzyklopädie der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung. Springer, Cham. S. 893
- FRA (2014): Leben als Trans* in der EU. Vergleichende Datenanalyse aus der EU-LGBT-Erhebung. Wien. S.1-16
- FRA (2020) a: LGBTI-Erhebung der FRA. Fragen und Antworten zu den wichtigsten Ergebnissen der LGBTI-Erhebung. Wien. S.1-6
- FRA (2020) b: Umfrage unter LGBTI-Personen in Europa: Dominiert die Hoffnung oder die Angst? In: FRA - Pressemitteilung. Wien/Brüssel. S.1-2
- Gaiswinkler, Sylvia; Pfabigan, Johanna; Pentz, Richard; Teufl, Lukas; Winkler, Roman (2023): LGBTIQ+-Gesundheitsbericht 2022. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK), Wien
- Gesundheit Österreich GmbH (2023): Opferschutz. In: TOOLBOX OSG. Auftrag des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK). LGBTIQ. Wien. https://toolbox-opferschutz.at/LGBTIQ [Zugriff am 18.01.2024]
- Loosen, Wiebke (2016): Das Leitfadeninterview – eine unterschätzte Methode. In: Averbeck-Lietz, S., Meyen, M. (Hrsg.) Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft. Springer Nachschlage Wissen. Springer VS, Wiesbaden. [Zugriff am 18.01.2024]
- Mayring, Phillip (1991): Qualitative Inhaltsanalyse. In: U. Flick, E. v. Kardoff, H. Keupp, L. v. Rosenstiel, & S. Wolff (Hrsg.), Handbuch qualitative Forschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. München: Beltz.S. 209-213.
- Meyer, H. Ilan (2003): Psychol Bull. 2003 September. 129(5): S. 674–697.
- Nagy, Andrea (2016): Soziale Arbeit ‚queer'denken: Zur Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit Heteronormativität in der Ausbildung sozialer Professionen. soziales_kapital 15. St.Pölten. S. 57-71.
- Obds (2020): Ethische Standards für Praktiker*innen der Sozialen Arbeit Österreich. Positionspapier. Wien. S. 1-8

- Stephan, Inge (2000): Geschlecht, Geschlecht und Theorie. In: von Braun, C., Stephan, I. (Hrsg.) Gender-Studien. JB Metzler, Stuttgart. S. 58
- Wagenknecht, Peter (2007): Was ist Heteronormativität? Zu Geschichte und Gehalt des Begriffs. In: Hartmann, J., Klesse, C., Wagenknecht, P., Fritzsche, B., Hackmann, K. (Hrsg.) Heteronormativität. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- WHO (2002): World report on violence and health. Genf. S. 5-7

Daten

- IT1, Interview, geführt von Carina Pflügl mit eine*m*r Sozialarbeiter*in einer Gewaltschutzeinrichtung, 01.02.2024, Audiodatei.
- IT2, Interview, geführt von Carina Pflügl mit eine*m*r Sozialarbeiter*in einer LGBTQIA+ Beratungsstelle, 07.02.2024, Audiodatei.
- IT3, Interview, geführt von Carina Pflügl mit einer betroffenen trans* Person, 19.03.2024, Audiodatei.

- T1, Transkript von IT1, erstellt von Carina Pflügl, Februar 2024, Zeilen durchgehend nummeriert.
- T2, Transkript von IT2, erstellt von Carina Pflügl, Februar 2024, Zeilen durchgehend nummeriert.
- T3, Transkript von IT3, erstellt von Carina Pflügl, März 2024, Zeilen durchgehend nummeriert.

Abbildungen

- Abbildung 1: Minderheiten-Stress-Modell, Meyer IH (2003): Minority stress process in lesbian, gay and bisexual populations. Psychol Bull. 2003 September.
- Abbildung 2: Konstruktionsbestandteile der Zweigeschlechtlichkeit, Nagy (2016): Soziale Arbeit ‚queer'denken: Zur Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit Heteronormativität in der Ausbildung sozialer Professionen. soziales_kapital 15. St.Pölten.

Eidesstattliche Erklärung

Ich, **Carina Pflügl**, geboren am **14.02.2024** in **Scheibbs**, erkläre,

1. dass ich diese Bachelorarbeit selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient habe,

2. dass ich meine Bachelorarbeit bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe,

Dürnbach, am **23.04.2024**

Unterschrift